



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

F/V/93

22. April 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

|                                       |      |
|---------------------------------------|------|
| Artikel von E. Ollenhauer zum 1. Mai  | S. 1 |
| Erinnerungsbeitrag zur Hindenburgwahl | S. 5 |
| Zu Schäffers Rücktrittsdrohung        | S. 6 |

Z U M 1. M A I

Vorwärts zur Verwirklichung

.....  
Von Erich Ollenhauer  
Stellv. Vorsitzendem der SED

Seit rund sechzig Jahren feiert die organisierte Arbeiterschaft der Welt den 1. Mai. Das Lebenswerk von zwei Generationen

hat in vielen Ländern die Stellung der arbeitenden Menschen in Politik und Wirtschaft wesentlich verbessert, aber wir sind von der

Erfüllung der alten Maiforderungen noch weit entfernt. Sie haben heute für die arbeitenden Menschen in fast allen Ländern, vor al-

lem aber in Deutschland, eine neue Aktualität erhalten. Politische Freiheit, soziale Sicherheit und Frieden umschliessen für uns heute

den Hauptinhalt unseres Kampfes für ein neues Deutschland in einem neuen Europa.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland war ein entscheidender Schritt auf dem Wege zur neuen staatlichen und politischen

Selbständigkeit des deutschen Volkes. Wir haben wieder eine einheitliche staatliche Ordnung für die Mehrheit des deutschen Volkes,

und wir haben im Rahmen dieser Ordnung viele der politischen Freiheiten wieder gewonnen, die zum Wesen der Demokratie gehören. Aber

die Bundesrepublik Deutschland ist gegenüber der großen nationalpoli-

tischen Aufgabe der Wiederherstellung eines geeinten Deutschlands nur ein Provisorium. Die Rechte des Bundes und seiner verfassungsmässigen Institutionen sind ausserdem beschränkt durch die Bestimmungen des Besatzungsstatuts, die den Besatzungsmächten wichtige Funktionen auf dem Gebiet der Verwaltung Deutschlands vorbehalten. Vor allem aber: In der russisch besetzten Zone Deutschlands leben 18 Millionen Deutsche, die auf alle Rechte demokratischen Lebens verzichten müssen. Sie leben unter einer neuen Diktatur, das heisst, dass weder ihre persönliche Sicherheit und Freiheit noch ihre politischen Rechte gesichert sind. Diejenigen in der Ostzone, vor allem die Sozialdemokraten, die sich auch der SED-Diktatur nicht gleichschalten wollen und darum kritisch zu dem Pieck-Grotewohl-Regime stehen, sind vogelfrei.

Die Forderung nach persönlicher und politischer Freiheit ist daher im Jahre 1950 eine der dringendsten und aktuellsten Anforderungen. Wir haben hier viele grosse und schwere Sorgen, aber vergessen wir nicht, dass es hinter dem Eisernen Vorhang Menschen gibt, die seit Jahr und Tag ihrer elementaren Menschenrechte beraubt sind. Nur die Einheit Deutschlands in Freiheit kann für die deutsche Sozialdemokratie die Erfüllung der Freiheitsforderung des 1. Mai bedeuten.

Das Problem der sozialen Sicherheit ist in dem letzten Jahr vielen Menschen im Gebiet der Bundesrepublik klar geworden, die unseren Kampf gegen die Freibeuterei in der Wirtschaft, wie sie die Regierung Adenauer betreibt, zunächst als propagandistische Übertreibung betrachteten. Heute stehen wir vor den Segnungen der "sozialen Marktwirtschaft". Fast zwei Millionen Arbeitslose sprechen eine beredete Sprache. Dabei ist diese erschreckende Zahl nur das Resultat einer egoistischen Besitzinteressenpolitik, die dem dringend notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Neubau Deutschlands jede Grundlage entzieht. Wenn die neue deutsche Demokratie lebensfähig werden soll, müssen wir allen Menschen, die in ihr leben, eine gesicherte materielle Existenz schaffen.

Die Folgen der Hitlerdiktatur und ihres Krieges sind nicht durch ein Wunder aus der Welt zu schaffen. Wir müssen uns viel be-

scheidener einrichten, als es heute viele Menschen glauben, aber der Ärmste unter uns muss das Gefühl haben, dass es in dieser neuen

Demokratie gerecht zugeht. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Adenauer ist ein neuer Beweis dafür, dass die Besitzenden in diesem Land

entschlossen sind, sich den materiellen Konsequenzen der Hitlerpolitik, die viele von ihnen geduldet und gefördert haben, zu entziehen

und ihr eigenes Leben so einzurichten, als sei nichts geschehen.

Die Konsequenz dieser Erfahrung ist, dass in Deutschland die lebensnotwendige Politik der sozialen Sicherheit für alle nur durch-

geführt werden kann bei einer gleichzeitigen Änderung der Besitzverhältnisse an den Produktionsmitteln. Die Sozialisierung ist heute in

Deutschland eine nationale Notwendigkeit erster Ordnung. Die Überführung der Schlüsselindustrien in Allgemeinbesitz, die öffentliche Len-

kung und Kontrolle der Produktion, das Mitbestimmungsrecht der Arbeitenden in der Wirtschaft sind so aktuelle Maßforderungen wie nie zuvor.

Unsere Gegner kennen das Gewicht unserer Argumente. Sie werden daher nicht müde, das alte Taschenspieler-Kunststück anzuwenden und

die Zwangswirtschaft der Nazis mit der von uns geforderten Planwirtschaft gleichzusetzen. Angesichts der übervollen Läden für die Min-

derheit der Reichen wird die Mehrheit der Bedürftigen die Fälschung dieses Tricks mehr und mehr erkennen. Wo die Einsicht noch

fehlt, werden die Auswirkungen der sogenannten Steuerreform und die Tatenlosigkeit der Regierung auf dem Gebiet des Lastenausgleichs nach-

helfen.

Es geht uns Sozialdemokraten auch hier nicht um die Regierung der Politik der Regierungsmehrheit. Es steht das Schicksal von Milli-

onen Menschen auf dem Spiel, und es geht um das politische Ziel, die Bundesrepublik in ihrem sozialen Inhalt so attraktiv zu gestalten,

dass sie eine immer stärker werbende Kraft auf den Osten Deutschlands ausübt.

Der 1. Mai ist der Tag des Friedens und der Völkerverständigung.

Wir sind noch weit vom wirklichen Frieden entfernt, und das Werk der Völkerverständigung ist ein schweres und hindernisreiches Begin-

nen. Das deutsche Volk trägt hier besonders schwer an den Folgen der Hitlerzeit. Die Mauern des Hasses und des Misstrauens können

nur allmählich abgebaut werden. Wir Sozialdemokraten können aber für uns in Anspruch nehmen, dass wir durch Tradition und Zielsetzung

die Partei des Friedens und der europäischen Verständigung sind. Es ist darum töricht, wenn jetzt die Sozialdemokratie von Böswilligen

als eine nationalistische Partei hingestellt wird. Man macht ihr diesen Vorwurf, weil sie sich nicht vorbehaltlos in die Gefolgs-

schaft der vielen Neu-Europäer begibt, die jetzt in einer bedingungslosen Eingliederung der Bundesrepublik in den Europarat das A und O

ihrer Politik sehen.

Wir wollen Europa. Dieses Europa braucht Deutschland und Deutschland braucht Europa. Aber wenn wir das neue Europa zu einem krisen-

festen Hort der Freiheit und der Demokratie machen wollen, wenn wir es immun machen wollen gegen jede neue totalitäre Invasion von rechts

und links, dann muß der neue Bund ein Bund von Freien und Gleichen sein. Strassburg kann ein Anfang zu Neuem sein, wenn die Grundsätze

der Statuten des Europarats für alle gelten. Die Forderung an die Bundesrepublik, gleichzeitig mit dem Saargebiet Mitglied der Bera-

tenden Versammlung zu werden, ist die Forderung der Sieger an die Besiegten. Akzeptieren wir sie, dann übernehmen wir mit die Verantwortung für eine Entscheidung, die mit dem Geist und den Buchstaben des Statuts des Europarats, das die Grundlage für eine in die Zukunft weisende europäische Ordnung sein soll, unvereinbar ist.

Dieser 1. Mai ist wahrlich nicht frei von Sorgen. Aber wir wissen gerade aus der langen und wechselvollen Geschichte des internationalen Feiertags der Arbeit, dass nur eine zielbewusste und konsequente Politik uns zum Ziel führen kann. Hinter den Sorgen des

Alltags steht ausserdem heute stärker als jemals zuvor die Gewissheit, daß die grossen Forderungen des 1. Mai Gegenwartsforderungen

geworden sind, deren Erfüllung die Mächte von gestern verzögern, aber nicht aufhalten können. In dieser Gewissheit finden wir uns am 1. Mai zusammen in dem Gelöbnis, unsere Kräfte gemeinsam einzusetzen für die Verwirklichung unserer Ideale in unserem eigenen Lande. Gleichzeitig erneuern wir unser Bekenntnis zu einer engen Zusammenarbeit mit den Sozialisten der Welt für ein neues Europa, für eine neue Weltordnung der Freiheit und des Friedens für alle Menschen und für alle Völker.

Vor 25 Jahren: Hindenburg wurde Reichspräsident

Der Weg in die Katastrophe begann

Am 26. April 1925 wurde der Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg zum Präsidenten der Deutschen Republik gewählt. Daß auf Friedrich Ebert, den Arbeitersohn und Volksmann, der alte monarchistische Offizier folgte, bedeutete eine schwere Erschütterung des Weimarer Staates. Hindenburg gewann im zweiten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit der Stimmen. Seinen 14,6 Millionen Wählern standen 13,7 Millionen gegenüber, die für den Zentrumsvorsitzenden Wilhelm Marx, den Kandidaten des republikanischen Volksblocks abgegeben wurden, und 1,9 Millionen, die auf den Kommunisten Ernst Thälmann entfielen. Otto Braun, der im ersten Wahlgang von der Sozialdemokratie aufgestellt worden war, hatte mit seiner Warnung: "Wer den Splitterkandidaten Thälmann wählt, hilft Hindenburg siegen" recht behalten.

Neben den Kommunisten gaben die katholischen Bayern den Ausschlag für den preussischen protestantischen Generalfeldmarschall. Sie wollten, dass die Steuer nach rechts herungeworfen werde, und das erreichten sie auch. Unter Hindenburgs Führung konnte die sozialistische Republik, wie Friedrich Ebert sie erstrebt hatte, nicht mehr verwirklicht werden. Die Reichswehr wurde zum Staat im Staate. Der ostelbische Großgrundbesitz erlangte maßgeblichen Einfluss, besonders nachdem der Reichsverband der deutschen Industrie dem Reichspräsidenten sein altes Familiengut Neudeck in Westpreussen zum 80. Geburtstag geschenkt hatte und Hindenburg so Gutsbacker des gefährlichen Reaktionärs von Oldenburg-Januschau geworden war.

Es war ein Widerspruch in sich, dass im Jahre 1925, sechs Jahre nach der Gründung der Deutschen Republik, ein Mann, der sich nie mit Politik befasst hatte, an die Spitze des Reiches gestellt wurde, dass ein General von da an Regierungen berufen und das Parlament auflösen durfte, ein erklärter Anhänger der Hohenzollern die Republik zu repräsentieren hatte.

Damit begann der Weg in die deutsche Katastrophe. Gewiss frönderte der alte, 77jährige Mann, der damals ohne alle Vorbe-

reitung für einen solchen Posten in die Berliner Wilhelmstrasse einzog, zunächst nicht. Er strebte nicht nach der Diktatur. Er erhob keinen Anspruch darauf, "der Retter" zu sein, als den seine Anhänger ihn propagiert hatten. Aber er lähmte die positiv republikanischen, die sozialistischen Kräfte. Er nahm der Republik ihren Sinn und raubte ihr damit den Auftrieb. Und als sich den Scharen seiner reaktionären Anhänger ein anderer Mann zeigte, ein jüngerer, der jede demagogische Chance ausnutzte und den Nationalismus wie den Militarismus in seinen Dienst stellte, da wusste Hindenburg nicht, wie er ihm entgegentreten sollte. Acht Jahre nach seiner Wahl ernannte er Hitler zum Reichskanzler und übernahm damit die Verantwortung für die Vernichtung des Reiches, die nun unentrinnbar herannahte.

W.St.

- o - o -

Niemand wird zurücktreten

sp. Die Regierung Adenauer hat sich noch nie durch die Alliierten so sehr brüskiert gefühlt wie durch die vorläufige Ablehnung einer Steuergesetzgebung, die wesentliche Vorteile nur den Beziehern von Einkommen über 15.000 Mark im Jahr bringen würde. Bundesfinanzminister Dr. Schäffer hat unverhüllt mit seinem Rücktritt gedroht, der, so wird unter der Hand eifrigst verbreitet, sich auch auf das ganze Kabinett ausdehnen könnte. Es herrscht grosse Aufregung.

Der Anlass erscheint uns überaus bezeichnend. Aus keinem anderen Grunde von allgemeiner nationalpolitischer Bedeutung, wie etwa bei dem **Petersberger Abkommen** in der Ruhr- und in der Saarfrage, in der Angelegenheit des Beitritts zum Europarat oder bei der Führung eines wirklich aktiven politischen Kampfes um die Sicherung und den Aufbau des gesamtdeutschen Zusammenhaltes hat die Regierung Adenauer ein annähernd gleich empfindliches Interesse gezeigt wie in dieser Frage.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Wohnungsbauprogramm und das geplante Gesetz über den Lastenausgleich seien, so sagt der Finanzminister, aufs schwerste gefährdet, wenn die "kleine Steuerreform" nicht Wirklichkeit werde. Das ist einfach widersinnig, denn Dr. Schäffer ist bisher selbst die Erklärung dafür schuldig geblieben, wie er allein das Arbeitsbeschaffungsprogramm - von den erwähnten anderen grossen Aufgaben ganz abgesehen - finanzieren will, wenn er 900 Mill. Mark an die Bezieher hoher und höchster Einkommen verschenkt. Ausserdem: Das Streitobjekt beträgt, wie gesagt, rund eine Milliarde Mark. In den vergangenen zwei Jahren aber ist ein Kapitalzuwachs zwischen 15 und 20 Mrd. Mark entstanden, ohne dass aus dieser riesigen Summe neue Arbeitsplätze, neue Wohnungen in irgendwie nennenswertem Umfange geschaffen und der Lastenausgleich in Angriff genommen worden wäre.

Aber man kann beruhigt sein: Die Regierung wird nicht zurücktreten. Täte sie es, würde sie sich selbst jede Möglichkeit nehmen, ihre bisherige freibeuterische Wirtschaftspolitik fortzuführen. Wir glauben nicht, dass sie willens ist, darauf zu verzichten.

- o - o -